

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pphn d

Inhalt

38. Jahrgang / 90

11. Mai 1983

Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zum 10. Jahrestag des Grundlagenvertrages: Ein Ergebnis realistischer Deutschlandpolitik.
Seite 1

Wolfgang Clement kommentiert einen CDU-Streit mit den Lese-Merkmalen der "Bild"-Zeitung: Biedenkopfs Trägödie.
Seite 3

Wolf-Michael Catenhusen MdB fragt, ob jetzt die zarte Pflanze der Friedensforschung verkümmert: Waghalsiger Drahtseilakt des Wissenschaftsrates.
Seite 5

Dokumentation

Holger Börner vor der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz: Wer lebenslang lernen soll, muß auch lernfähig gemacht worden sein.
Seite 7

10 Jahre Grundlagenvertrag

Ein Ergebnis realistischer Deutschlandpolitik

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion,
Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen und Europa- und Entwicklungspolitik

Vor zehn Jahren, am 11. Mai 1973, hat der Deutsche Bundestag dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zugestimmt. Am 21. Juni 1983 jährt sich zum 10. Mal das Inkrafttreten dieses Vertrages.

Mit dem Vertrag sind beide deutsche Staaten ihrer besonderen Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, für Entspannung und Sicherheit in Europa gerecht geworden.

Bundeskanzler Willy Brandt erklärte am 11. Mai 1973 im Deutschen Bundestag: "Am Anfang jeder konstruktiven Politik steht die Feststellung dessen, was ist. Die Grenzen der Macht in der Mitte Europas sind für eine nicht absehbare Zeit unverrückbar, wenn der Frieden auf unserem Kontinent und damit der Frieden in der Welt nicht gefährdet werden soll."

Der Grundlagenvertrag ist das Ergebnis dieser realistischen sozialliberalen Deutschlandpolitik, der es darum ging, ein Verhältnis geordneter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herzustellen und den Menschen in Deutschland zu dienen. Gleichzeitig hält der Vertrag die deutsche Frage entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes weiter offen.

Angesichts der Ost-West-Spaltung und der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Zielsetzungen in beiden deutschen Staaten konnte eine weiterreichende Lösung der bestehenden Probleme durch den Vertrag nicht erwartet werden.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Dem im Artikel 1 des Vertrages formulierten Ziel, normale gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln, sind wir in den letzten zehn Jahren einen guten Schritt näher gekommen.

Im innerdeutschen Verhältnis konnten erstmals wichtige praktische und humanitäre Fragen geregelt werden. Die Förderung der Familienzusammenführung, die Verbesserung im grenzüberschreitenden Reise- und Besuchsverkehr und die Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs haben zu vielfältigen menschlichen Erleichterungen geführt. Für die Begegnung der Menschen in beiden deutschen Staaten ist eine rechtlich gesicherte Grundlage geschaffen worden.

Der Status von Berlin und die Möglichkeit, von und nach Berlin zu reisen, sind durch den Grundlagenvertrag abgesichert worden.

Der Grundlagenvertrag war Teil der Vertragspolitik der sozialliberalen Bundesregierungen mit den Staaten des Ostblocks. Diese Politik hat der Bundesrepublik größere Bewegungsfreiheit in der Außenpolitik verschafft. Die Aufnahme in die Vereinten Nationen ist Ausdruck unserer endgültigen Rückkehr in den Kreis der Völkergemeinschaft.

Der weltweiten Forderung nach Abrüstung, Rüstungskontrolle und Entspannung entspricht die Verpflichtung der Vertragsparteien, sich um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa zu bemühen - mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle. Wo könnte die Notwendigkeit dieses Bemühens handgreiflicher sein als an der deutsch-deutschen Grenze, der Nahtstelle der sich gegenüberstehenden Bündnissysteme? Die Möglichkeiten des Vertrages sind insoweit noch keineswegs ausgeschöpft.

Der Grundlagenvertrag hat in den vergangenen zehn Jahren seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens in unserer Region geleistet. Es ist an uns, den Vertrag weiterhin mit Leben zu erfüllen. Den unverantwortlichen Querschüsse aus den Reihen der CSU muß auch die CDU eine klare Absage erteilen. (-/11.5.1983/ks/ca)

+ + +



Biedenkopfs Tragödie

Streit nach den Lesemerkmalen der "Bild"-Zeitung

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Kurt Biedenkopf, der in seinem Reden und Handeln gern den Eindruck juristischer Logik zu vermitteln sucht, hat jetzt in erwarteter disziplinierter Weise die Konsequenz seiner Niederlage gegen Bernhard Worms gezogen: Er zog sich auf Platz zwei in der nordrhein-westfälischen CDU-Hierarchie zurück. Doch so konsequent dieser Schritt des Rechtsprofessors anmutet - so wenig ist zu erwarten, daß die nordrhein-westfälische Union nun zur Ruhe kommen werde.

Tatsache ist, daß die stärker politisch als landsmannschaftlich begründete Konkurrenz der rheinischen und westfälischen CDU in diesen Wochen wieder stärker aufgebrochen ist denn je seit den Zeiten Heinrich Köpplers, dem es nach Josef-Hermann Dufhues erst in einem langen Marsch gelungen war, zur letztlich unumstrittenen Figur der NRW-Union zu werden.

Tatsache ist weiter, daß Heinrich Köpplers Nachfolger Kurt Biedenkopf eine vergleichbare Leistung nie zuwege gebracht hat: Er scheiterte aber nicht etwa an den politischen Widersprüchen zwischen der in weiten Teilen knochenkonservativen CDU Westfalens und der von den Sozialausschüssen geprägten rheinischen Union, sondern an menschlichen, allzu menschlichen Widerständen.

Das ist Biedenkopfs eigentliche Tragödie: Daß der Mann, der Politik im allgemeinen und "seine" Landtagsfraktion in Düsseldorf im besonderen nach Art eines wissenschaftlichen Betriebs zu handhaben versuchte, nun in einer absurd Personenbezogenen Auseinandersetzung unterlegen ist. Er hatte den Urgrund dafür freilich selbst im Jahre 1977 gelegt: So kalt, wie er heute abgewählt worden ist, ebenso kalt hatte er vor sechs Jahren den damaligen CDU-Vorsitzenden von Westfalen, den heutigen Bundesminister Heinrich Windelen, aus dem Amt verdrängt.

Heute verlor Biedenkopf gegen Bernhard Worms in einer Konkurrenz, die allen Ernstes unter der Alternative "Herz oder/statt Verstand" vonstatten ging. Etwas Absonderliches hat es in der nordrhein-westfälischen Landespolitik noch nie gegeben: Hier ist politischer Streit nach den Lesemerkmalen der "Bild"-Zeitung ausgetragen worden.



Die Logik gebietet deshalb zu vermuten, daß solche Personalisierung ihre Fortsetzung findet: Kurt Biedenkopf wird im Landtag weiterhin rhetorisch zu brillieren versuchen und seinen Nachfolger Worms leichthin in den Schatten stellen. Aber er selbst wird draußen im Lande, als westfälischer CDU-Vorsitzender, kaum glücklich werden: Diejenigen, die ihn jetzt zu Fall brachten, und die sich ihrer direkten Beziehung ins Bonner Kanzleramt rühmen dürfen, werden nicht ruhen, ehe sie ihn endgültig abgehalfert haben. Kurt Biedenkopf weiß nur zu genau, daß die, die ihn jetzt aus Bonn mit allen möglichen national und internationale ehrenwerten Ämtern in Verbindung bringen, ihn nicht hoch-, sondern wegloben wollen.

Das alles ist in seiner Simpelhaftigkeit so bemerkenswert, die weil es schließlich und endlich im bevölkerungsreichsten und von konkreten Problemen geschüttelten Bundesland Nordrhein-Westfalen spielt: Doch im Wettbewerb zwischen Worms und Biedenkopf standen die Strukturkrisen bei Kohle, Stahl oder Textil nie ernsthaft in Regie; es wurde nicht um politische, vor allem wirtschaftspolitische Wege aus der Krise gerungen, sondern nach Kriterien aus der Markenartikelbranche gemessen.

Frellich, es hieße, die Menschen an Rhein und Ruhr auf das Grübste verkennen, wenn man vermutete, daß sie sich so verkaufen ließen. Für sie ist nicht die Frage, was Helmut Kohl an Bernhard Worms gefallen mag (oder was - außer Flick - Otto Graf Lambsdorff und Jürgen Möllemann miteinander verbindet, um gleich die Protagonisten der nächsten oppositionellen Verbindung zu nennen), sondern sehr konkret, was denn die Bundesregierung endlich zu tun gedenkt, um die schweren Strukturkrisen im Rhein- und Ruhrgebiet, im Sieger- oder im Münsterland unter Kontrolle zu bekommen.

Daß auf diese Fragen mit einer Fehlanzeige zu antworten ist, ist für das Land erschütternder als der Personalknatsch, den sich die Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag in diesen Wochen unter völliger Mißachtung ihrer politischen Aufgabe leistet. Deshalb hat die regierende SPD aus der Worms-Biedenkopf-Geschichte auch höchstens einen Vorteil zu ziehen: Daß das Ansehen ihres Ministerpräsidenten Johannes Rau mit jedem Tag auf's Neue bestätigt wird, mit dem sich die CDU über die Frage zerreißt, wer denn wohl dem Landesvater noch am ehesten das Wasser zu reichen vermöge.

(-/11.5.1983/ks/ca)

+ + +



Waghalsiger Drahtseilakt des Wissenschaftsrates
-----**Verkimmert jetzt die zarte Pflanze der Friedensforschung?**

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Gut ein Jahr nach einer Bitte des Bundesforschungsministeriums hat der Wissenschaftsrat eine Empfehlung zur weiteren Förderung der Friedensforschung verabschiedet. Darin befaßt der Wissenschaftsrat eine weitere besondere öffentliche Förderung der Friedensforschung in unserem Lande - dies ist nur zu begrüßen. Der Versuch der bayerischen Landesregierung und anderer unionsgeführter Bundesländer, die ihr politisch unbequeme Friedensforschung als "unwissenschaftlich" abzuqualifizieren, hat von Seiten des Wissenschaftsrates keinerlei Unterstützung erhalten. Der Wissenschaftsrat stellt im Gegenteil gerade jetzt einen besonderen Bedarf an den Ergebnissen der Friedensforschung fest: Der Friedensforschung komme eine zunehmende Bedeutung für die Politikberatung zu. Auch weist der Wissenschaftsrat ausdrücklich der Friedensforschung eine besondere Aufgabe in der Friedensdiskussion zu, nämlich durch qualifizierte Forschung einen Beitrag zur Orientierung, Klärung und Versachlichung der öffentlichen Diskussion zu leisten. Damit wird der jahrelangen, politisch motivierten Kampagne der CDU/CSU gegen die Friedensforschung eine vorsichtige, aber erkennbare Absage erteilt.

Mit seiner Entscheidung, die Forschungsförderung einer Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu übertragen und die von Gustav Heinemann ins Leben gerufene Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) aufzulösen, beschreitet der Wissenschaftsrat jedoch einen fragwürdigen Weg, auch wenn das Bemühen um den Erhalt einer unabhängigen Friedensforschung erkennbar ist. Zwar weist man die CDU-Kritik an der Friedensforschung vorsichtig zurück. Man gibt aber zugleich einer zentralen CDU-Forderung nach - in der Hoffnung, die Friedensforschung im sicheren Schoß der autonomen DFG aus dem politischen Schußfeld nehmen zu können.

Der Verzicht, in Zukunft wichtige gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeber an der Trägerschaft einer Einrichtung zur Forschungsförderung zu beteiligen, könnte ein Schritt zur Abschottung der Friedensforschung werden. Die DFG-Lösung verringert die Chance, daß Friedensforschung auch in Zukunft bewußt



außerhalb des "Elfenbeinturms" eine Brücke zwischen Staat, gesellschaftlichen Gruppen und Friedensbewegung schlägt, als Stachel und Prüfstand zugleich. Der Wissenschaftsrat geht in seiner Empfehlung selbst davon aus, daß es notwendigerweise immer wieder politische Konflikte um Fragestellung und Thesen der Friedens- und Konfliktforschung geben wird. Es ist zu befürchten, daß nach einer Auflösung der DGFK dieser Konflikt nicht erledigt ist, sondern auf andere Weise, aber nicht mehr so offen ausgetragen werden wird.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz von 1978, der DGFK und damit den Friedensforschern selbst die Aufgabe der "Verbreitung des Friedensgedankens" aufzuerlegen, war ein bedeutsamer Schritt. Wurde doch gerade hier die übliche Trennung zwischen Forschung einerseits und Vermittlung ihrer Ergebnisse aufgehoben. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die fruchtbaren Ansätze der DGFK im Bereich der Friedenserziehung verschüttet werden sollen. Die Auseinandersetzung zwischen den Kultusministern der Länder über die Ziele der Friedenserziehung in der Schule zeigt, daß der Vorschlag, diese Aufgabe der Bundeszentrale und den Landeszentralen für Politische Bildung zuzuweisen, Ausgangspunkt neuer Kontroversen werden wird.

Auch wenn die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, das Hamburger Institut und andere Einrichtungen der Friedensforschung weiterhin aus öffentlichen Mitteln des Bundes und der Länder gefördert werden sollen, gilt: Eine von gesellschaftlichen Gruppen mitgetragene Einrichtung wie die DGFK hat sich bei der Koordination und Förderung der Friedensforschung, bei Beratung und internationaler Zusammenarbeit bewährt und bleibt unverzichtbar. Die Politikberatung durch die Friedensforschung muß durch eine Arbeitsstelle in Bonn koordiniert werden.

Der Vorschlag des Wissenschaftsrates setzt eine Bund-Länder-Vereinbarung über die Einrichtung einer Senatskommission bei der DFG und über eine gemeinsame weitere Förderung aus Mitteln des Bundes und der Länder voraus. An dem Verhalten des Forschungsministers Riesenhuber und der unionsgeführten Bundesländer wird sich schnell zeigen, ob der waghalsige Drahtseilakt des Wissenschaftsrates - eine besondere Förderung der Friedensforschung bei Aufgabe der bewährten DGFK - nicht schnell mit einem Absturz endet, an dessen Folgen die immer noch zarte Pflanze der bundesdeutschen Friedensforschung verkümmern könnte. (-/11.5.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N
=====

Hessens Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat vor der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Darmstadt am 9. Mai 1983 unter anderem folgende Ansprache gehalten:

Wer lebenslang lernen soll, muß auch lernfähig gemacht worden sein

Das Thema, mit dem Sie sich hier in Darmstadt beschäftigen wollen - Hochschule und technologischer Wandel - hat auch in unserem Land hohe Aktualität. Auch hier sind die Hochschulen Subjekt und Objekt struktureller Veränderungen. Die Veränderungen strahlen auf den gesellschaftlichen und politischen Raum aus.

Lassen Sie uns aber, ehe ich zu dem Thema Ihrer Tagung einige knappe Bemerkungen mache, einen Augenblick zurückschauen: Auf jenes Ereignis vor genau 50 Jahren, das auch für die deutschen Hochschulen einschneidend gewesen ist - ich meine die Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933, denen nicht nur Werke der Literatur, sondern auch solche der Wissenschaft anheimgefallen sind.

Was damals verbrannt wurde, waren zunächst die Bücher von Autoren, denen die Wahrheit am Herzen lag - die künstlerische wie die wissenschaftliche. Die Verbrennung sollte die Wahrheit mit ausrotten. Als die Machthaber merkten, daß das nicht reichte, wurden auch die Menschen vernichtet, die sich die Wahrheit zum Ziel gesetzt hatten.

Es hat Hochschullehrer gegeben, die als Autoren von Bücherverbrennung und politischer Verfolgung betroffen waren. Und es hat andere gegeben, die diese Verfolgung mit vorgeblich wissenschaftlichen Gründen gefordert und gerechtfertigt haben. So etwa mit dem Hinweis, daß - ich zitiere - "Wissenschaft wie alles, was Menschen hervorbringen, rassistisch, blutmäßig bedingt" sei. Dieser Satz stammt nicht von irgendjemand, sondern von einem Physik-Nobelpreisträger (Philipp Lenard).

Uns heute darf solche Erinnerung nicht zu eigener Überhebung dienen. Niemand, der später geboren ist, wird mit Gewißheit von sich sagen können, wie er in gleicher Situation gehandelt hätte.

Um so wichtiger ist es, die jeweils eigene Position selbstkritisch zu prüfen und andere nicht hochfahrend zu verurteilen. Diese Maxime gilt vorrangig in der Politik. Sie sollte aber auch in der Wissenschaft gelten. Die Geschichte zeigt, daß auch bedeutende Köpfe ihrer Disziplin vor Irrtümern gerade dann nicht geschützt sind, wenn sie sich auf fremdes Terrain begeben.

Diese Feststellung führt uns in die hochschulpolitische Gegenwart zurück. Vermeintliche Veränderungen des Zeitgeistes lassen hier und da Forderungen laut werden nach einer Rückkehr der Universitäten zur elitären Idylle humboldtscher Prägung. Die Öffnung der Hochschulen, wird unterstellt, habe ihre Wissenschaft beschädigt. Nur eine Wiederherstellung der Ordinarien-Universität alten Stils könne hier Abhilfe schaffen.

Wer so argumentiert, verkennt die Zusammenhänge. Und die haben, womit ich beim Thema bin, auch mit dem technologischen Wandel zu tun. In einer Zeit schneller technologischer und struktureller Veränderungen ist die Forderung nach "lebenslangem Lernen" zum Allgemeinplatz geworden.

Allerdings: Wer lebenslang lernen soll, muß auch lernfähig gemacht worden sein. Die bessere Ausbildung, der Besuch von mehr weiterführenden Schulen, der Andrang in den Universitäten sind auf diese Notwendigkeit zurückzuführen. Daneben spielen demographische Faktoren eine Rolle.



Zu fragen ist:

- War es angesichts der technologischen Veränderungen ein Fehler, mehr Geld und mehr Personal in bessere Ausbildung zu investieren - auch wenn nicht jeder die Anwartschaft auf einen Nobelpreis in der Tasche haben konnte?
- Welche Vorteile hätte es haben können, statt Abiturienten, Real- oder Hauptschüler oder Jugendliche ohne Ausbildung ins Berufsleben zu schicken?
- Wo hätten ihre Chancen gelegen, wo ihre Arbeitsplätze?
- Wie hätten sie dem technologischen Wandel begegnen sollen?

Es mag angesichts der politischen Entwicklung in unserem Land als müßiges Rückzugsgefecht erscheinen, Ziele und Ergebnisse der Hochschulreform vor der üblich gewordenen Schmähkritik in Schutz zu nehmen. Ich möchte das dennoch tun, auch wenn ich Schwachstellen der Reformbemühungen nicht in Abrede stelle. Ich kenne solche Schwachstellen sowohl inhaltlicher als auch personeller Art.

Angesichts modischer Forderungen nach einem sogenannten Mut zur Elite möchte ich allerdings dem vielleicht unzeitgemäßen Mut zur Demokratie das Wort reden. Dabei weiß ich, daß dies ein Schein-Widerspruch ist. Demokratie braucht Elite, die sich durch Leistung legitimiert. Aber ebenso richtig ist, daß Elite keinen Grund hat, Demokratie zu scheuen.

Ich wiederhole, was ich gelegentlich schon andernorts gesagt habe: Längst nicht jeder, der in unseren Tagen dem Zeitgeist gemäß nach neuem Mut zur Elite ruft, hätte ja begründet Aussicht, selbst dazu zu gehören. Und manche Verdrossenheit äußert sich erkennbar in der Erwartung, durch Verweis auf die angebliche Ungunst der Rahmenbedingungen von unzureichenden Arbeitsergebnissen abzulenken.

Gegenüber den Hinweisen auf vermeintlich ideale Verhältnisse in den USA erinnere ich gern an die Ausführungen von Professor Erwin Chargaff vor einem Jahr in Konstanz in Ihrem Kreis. Natürlich ist gute Wissenschaft auch von Rahmenbedingungen abhängig. Aber auch für Wissenschaft gilt der Satz: Für gute Leute sind schlechte Zeiten gute Zeiten.

Hochschule und technologischer Wandel - das Thema enthält eine Reihe von Facetten. Ich sagte schon, daß die Belastung und Überlastung der Hochschulen auch zu diesem Thema einen Bezug hat. In einem weiteren Sinne gehören dazu aber auch die Fragen, die sich hinter dem Schlagwort von der gesellschaftlichen Akzeptanz technologischer Entwicklungen verbergen.

Ich nehme einen aktuellen Vorgang als Beispiel: Die Protestwelle gegen das von allen Bundestagsparteien verabschiedete Gesetz über die Volkszählung. Hier hatten wir es mit einem Vorgang zu tun, der seine Dynamik nicht aus juristisch begründeten Zweifeln an der Zuverlässigkeit des Gesetzes bezog, auch wenn diese Zweifel letztlich zum Scheitern des Entwurfs vor dem Bundesverfassungsgericht führten. Anlaß für die weitverbreitete Ablehnung war jenseits juristischer Fragen die Sorge um eine Totalerfassung des Bürgers durch nicht mehr kontrollierbare Instanzen.

Vereinfacht gesagt: Immer mehr Bürger beschleicht die Furcht, nicht mehr von gewählten Politikern, sondern von Maschinen regiert zu werden. Politiker kann man abwählen, Maschinen nicht. Daraus erwachsen Ängste um die künftige Struktur unseres Staates und seiner Entscheidungsmechanismen: Das Stichwort dafür lautet: 1984.



Mancher Protest, der in den vergangenen Jahren auch in zuweilen unakzeptabler Form geäußert worden ist, richtete sich deshalb wohl weniger gegen die verfassungsmäßige Ordnung dieses Landes als vielmehr gegen ihre schleichende Aushöhlung. Politik und Wissenschaft stehen in solchen Fragen vor gleichen Problemen. Legitimationsvorschüsse werden nicht mehr gegeben. Die Konsequenzen von Entscheidungen werden weiter in die Zukunft und in jeden gesellschaftlichen Bereich hinein verfolgt als je zuvor.

Kernenergie, Gentechnologie und Mikroprozessortechnik sind nur die drei bekanntesten Beispiele für Entwicklungen, die ebensoviele Sorgen auslösen wie Hoffnungen. Die Abschätzung solcher Entwicklungen werden auch die Hochschulen mit leisten müssen. Ich halte diesen Aspekt für noch wichtiger als die zunehmenden Bestrebungen, technologischen Wandel durch die Hochschulen kommerziell nützlich werden zu lassen. Gleichwohl unterschätze ich die Bemühungen sogenannter Technologie-Transfer-Stellen nicht. Auch wir in Hessen kennen diese Einrichtungen. Ich halte sie da für nützlich, wo sie ihr Ziel präzise beschreiben und verfolgen.

Dieses Ziel sollte sein: Die Vermittlung fortgeschrittenen technischen Wissens in Bereiche der kleineren und mittleren Unternehmen, die sich eigene Forschung nicht in ausreichendem Maß leisten können. Hier können wertvolle ökonomische Impulse gegeben und zugleich ein Stück Ausgleich gefunden werden gegenüber den strukturellen Ungleichgewichten zwischen großen und kleinen Unternehmen.

Die Weltrektorenkonferenz in München hat sich vor wenigen Wochen mit der Zukunft der Universität befaßt und damit deutlich gemacht, daß dies kein Thema bloß nationaler Bedeutung ist. Die Zukunft der Hochschule wird davon abhängen, daß sie stark genug bleibt, technologischen Wandel nicht nur auszulösen, sondern auch zu beherrschen.
(-/11.5.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

